

Energiepolitik neu denken – Industrie entlasten!

Welche Rahmenbedingungen für den Ausstieg aus fossiler Energie nötig sind, wie der Druck auf die Unternehmen jetzt gelindert werden kann und warum Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit kein Widerspruch sind.



Österreichische Post AG,
 MZ 03Z034897 M
 Vereinigung der österreichischen Industrie,
 Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

unsere
 INDUSTRIE
 hilft 

INITIATIVE
 Wie die Industrie
 Nachbarschaftshilfe leistet

Seite 4



FORSCHUNG
 „Fonds Zukunft Österreich“
 nimmt Fahrt auf

Seite 5



BURGENLAND
 Walstead Leykamdruck-CEO:
 Kein Ende der Kostenspirale

Seite 10

Die Welt von morgen

Welche geopolitischen Implikationen der Krieg in der Ukraine auslöst, weshalb die Interessenlagen in der EU-Nachbarschaft immer komplexer werden und welche Schlüsse die EU daraus ziehen sollte.

Die russische Invasion in der Ukraine macht einmal mehr deutlich, wie fragil die unmittelbare Nachbarschaft Europas ist: In Nordafrika bezeichnen Experten Libyen als gescheiterten Staat, Tunesien und Ägypten gelten als politisch instabil. Im Nahen Osten tobt seit mehr als einem Jahrzehnt in Syrien ein Krieg, den sämtliche Regionalmächte befeuern. Unter anderem stehen sich mit der Türkei und Russland zwei Staaten, die an die EU angrenzen, mit unterschiedlichen Zielen gegenüber. Und nun der Krieg in der Ukraine, der Europa ökonomisch am härtesten trifft und den gesamten Schwarzmeerraum destabilisiert.

Ebenso wenig vorteilhaft für die EU gestaltet sich die globale Situation: So hat der Ukraine-Konflikt in den vergangenen Monaten Russland enger an China und Indien gebunden. Allein schon wegen der Größe der Länder wäre hier eine echte Gegenbewegung zum so genannten „Westen“ möglich, die allerdings auf tönernen Füßen steht. Denn das Verhältnis der drei Riesen war in den vergangenen Jahrzehnten durchaus konfliktbeladen oder anders gesagt: Die Freundschaft zwischen China und Russland kann begrenzt sein. Während Peking für seinen (ökonomischen) Pragmatismus bekannt ist, geht Moskau ein Risiko ein, wenn es sich von Europa gänzlich abkoppelt und auf China fokussiert, das Russland wirtschaftlich als auch militärisch überlegen ist.

Der Krieg in der Ukraine fördert zudem neue Interessensphären zutage, die eines gemeinsam haben: Sie entziehen sich zunehmend dem Einfluss Europas. Im Nahen Osten betrachten sich die Türkei, Iran und Saudi-Arabien als Konkurrenten um die regionale Vorherrschaft. Während die arabischen Staaten danach trachten, zwischen den USA und Russland mit China im Hintergrund eine neutrale Rolle einzunehmen, ist Teheran im Syrienkrieg mit Russland verbündet.

Wirtschaftsbeziehungen über direkte Nachbarschaft hinaus stärken

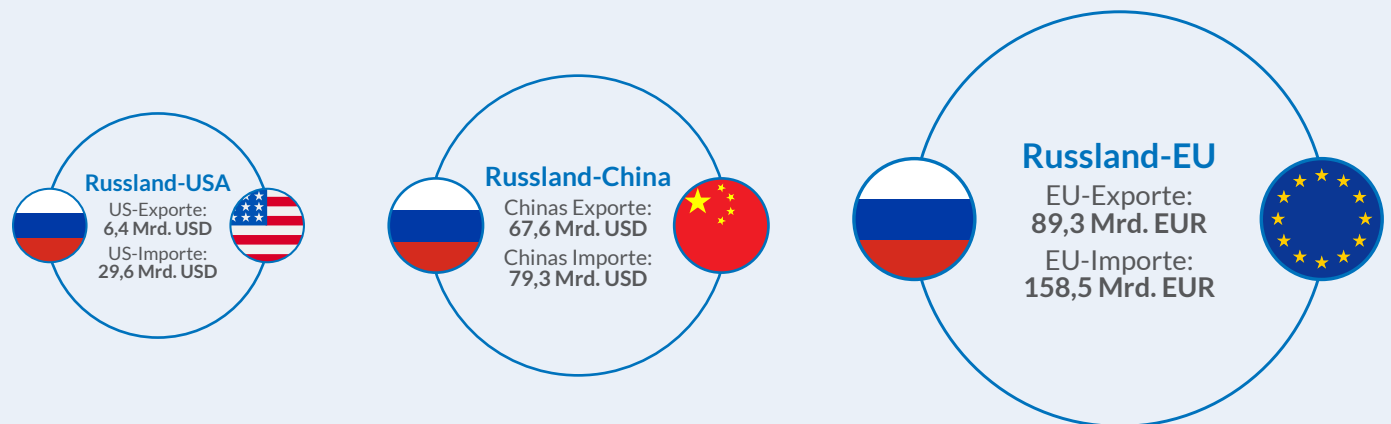
Für die USA wiederum bleibt der ökonomische

und strategische Fokus auf den Pazifikraum gerichtet. Das heißt, nicht Russland, sondern China ist der wirtschaftliche und politische Hauptkonkurrent, wenn es um die weltweite technologische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vorherrschaft geht.

Was bedeuten diese massiven Verschiebungen der tektonischen Platten der Geopolitik für die EU? Die Welt dreht sich nicht um Europa. Vielmehr ist eine wirtschafts- und sicherheitspolitische Neuorientierung nötig. Neben der Diskussion über eine gemeinsame Verteidigungspolitik in der Union sollte jetzt das Zeitfenster genutzt werden, um die

Wirtschaftsbeziehungen über die direkte Nachbarschaft hinaus zu stärken. Die USA und EU sind die am engsten verbundenen Wirtschaftsräume der Welt. Ein Transatlantikabkommen, aber auch die Umsetzung des bereits verhandelten EU-Mercosur-Vertrags könnten einen ökonomischen Impuls auslösen, der dringend benötigt wird. Denn die EU wird einen Großteil der wirtschaftspolitischen Folgen des Krieges in der Ukraine tragen müssen. Ihre wirtschaftliche Verflechtung mit Moskau und Kiew ist deutlich höher als jene anderer Länder, die ebenfalls Russland sanktionieren, etwa die USA, Kanada oder Japan.

Wirtschaftliche Verflechtung Russlands mit EU, China und USA (2021)



Quellen: Europäische Kommission, Customs Administration of China, US Census Bureau

Die wirtschaftliche Verflechtung der EU mit Russland ist deutlich höher als jene anderer großer Wirtschaftsmächte.

GASTKOMMENTAR

Wenn sich alles nur nach Umfragen richtet

Der schreckliche Krieg in der Ukraine führt es drastisch vor Augen: Politik, die nicht vorausschauend handelt, ist potenziell lebensgefährlich. Das gilt nicht nur für die Sicherheitspolitik.

Abends werden die Faulen fleißig. Das zeigt sich soeben in der Sicherheitspolitik: Jahrzehntelang hat Deutschland seine Bundeswehr verkommen lassen, doch kaum war der Ukraine-Krieg ausgebrochen, kündigte die Regierung ein 100 Milliarden Euro-Sonderbudget zur Wiederaufrüstung an. Sogar die Rückkehr zur Wehrpflicht wird in Deutschland nun diskutiert. Es muss eben immer erst etwas passieren, bevor etwas geschieht.

In Österreich reicht nicht einmal das aus. Nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine dauerte es geschlagene vier Wochen, bis die Regierungsparteien darauf kamen, dass man vielleicht einmal über das Verteidigungsbudget reden sollte. Was aber nicht bedeutete, dass die Gespräche dann auch wirklich begannen. Denn Österreich hat ja seine Neutralität. Sie gilt als Sparform und Wundermittel zugleich – als kostenlose Sicherheitspolizei: Wir brauchen kein Geld in die Verteidigung zu stecken, denn unsere Neutralität macht uns gegen Angriffe immun und verteidigt sich sozusagen von selbst. Und wenn nicht, wird uns schon irgendwer anderer verteidigen.

Das ist zwar objektiv Unsinn, aber laut Umfragen absolut mehrheitsfähig. Also richtet sich die Politik danach. Lieber mit

der Mehrheit irren, als gegen die Mehrheit Recht behalten, lautet die Devise, die vorausschauendes Handeln praktisch unmöglich macht. Das zeigt sich nicht nur in der Sicherheitspolitik (wo es besonders verantwortungslos und lebensgefährlich ist), sondern in allen Politikbereichen. Nehmen wir nur Corona: Man kann über die Impfpflicht geteilter Meinung sein, aber wenn man sie für notwendig erachtet, hätte man sie vor Delta und Omikron einführen müssen. So aber wurde sie erst dann eingeführt, als sich in Umfragen erstmals eine Mehrheit dafür abzeichnete – also um ein Jahr zu spät und

„Lieber mit der Mehrheit irren, als gegen die Mehrheit Recht behalten, lautet die Devise, die vorausschauendes Handeln praktisch unmöglich macht.“

damit sinnlos. Weshalb sie dann ja auch wieder ausgesetzt wurde.

Ähnlich verspätet kommt die plötzliche Aufrüstungshetke des Westens (wie gesagt: mit Ausnahme Österreichs). Denn Armeen und damit Verteidigungsfähigkeit entstehen nicht auf Knopfdruck, sondern sind das Ergebnis jahrelanger Aufbauarbeit. Um für die jetzige Gefahr gewappnet zu sein, hätte man vor einem Jahrzehnt ein ambitioniertes Investitionsprogramm in die Streitkräfte starten müssen. Aber welche Regierung hätte das damals, im scheinbar tiefsten Frieden, politisch überlebt?

Die Demokratie kann erst handeln, wenn der Schaden bereits eingetreten ist, bemerkte einst zutreffend Fürst Metternich. Und auch dem legendären deutschen Kanzler Konrad Adenauer war der Fluch, immer auf die Mehrheit warten zu müssen, bewusst, als er sagte: Politiker müssten dem Volk voran gehen, aber nur so weit, dass sie vom Volk noch gesehen werden können. Wehe dem, der diese Regel missachtet! Die letzte österreichische Regierung, die eine relativ mutige Reform zur Sicherung des Pensionssystems durchführte, wurde dafür bei der nächsten Wahl gnadenlos abgestraft und abgewählt. Seither (die Politik ist ja lernfähig) ist das Wort

Pensionsreform aus dem politischen Sprachgebrauch gestrichen. Übrigens genauso wie das Wort Budgetsanierung. Es wurde durch die Floskel „Koste es, was es wolle“ ersetzt. Das lässt sich bei Wahlen besser verkaufen.

Ohne Rücksicht auf eigene Verluste das Richtige für das Land zu tun – das scheint von der immer kurzlebiger werdenden Politik zu viel verlangt zu sein. Bäume pflanzen, damit künftige Generationen etwas zum Ernten haben, ist eine Haltung, die Politikern fremd zu sein scheint. Politisch gesehen gleicht Österreich einer baumlosen Steppe.



Alexander Purger ist Journalist bei den „Salzburger Nachrichten“.

Foto: SH

Realistisches Krisenmanagement gefragt

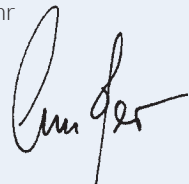
Die Entwicklung der Energiepreise fordert von der Politik das richtige Augenmaß und rasches Handeln.

Der Angriffskrieg in der Ukraine ist eine furchtbare humanitäre Katastrophe in Europa. Die Industrie trägt daher die bisher beschlossenen Sanktionen gegen die Russische Föderation mit. Gleichzeitig ist klar: Wir müssen die Auswirkungen auf die heimischen Unternehmen und ihre Beschäftigten im Blick behalten. Die horrenden Energiepreise haben existenzbedrohende Ausmaße für Betriebe und ihre Beschäftigten angenommen. Nach den Teuerungen aufgrund der COVID-19-Krise hat die Invasion Russlands die Lage noch zusätzlich verschärft. Der Gaspreis beispielsweise hat sich im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie versiebenfacht.

Vor diesem Hintergrund braucht es ein nachvollziehbares Krisenmanagement und umgehend wirksame Entlastungsmaßnahmen, für die wir als Industriellenvereinigung eine konkrete Agenda entwickelt haben (siehe Titelbeitrag Seite 6 – 7). Wichtig ist aber auch vor allem eines: Die Politik muss Augenmaß bewahren. Das Vorhaben der EU-Kommission, die Gasimporte aus Russland bis Ende des Jahres um zwei Drittel zu reduzieren, ist gut gemeint, aber schlichtweg unrealistisch. Die 80 Prozent Gas aus Russland lassen sich in Österreich so schnell nicht ersetzen. Dafür fehlt die Infrastruktur, wie etwa für Flüssiggas. Dass die EU-Kommission aktuell intensiv an Alternativen zum russischen Gas arbeitet, ist positiv. Aber: Bis wir wirklich vom russischen Gas unabhängig werden können, dauert es mehrere Jahre. Die Lage ist sehr ernst – die

Energieversorgung Österreichs steht seit Wochen auf dem Spiel. Sollte es zu einem Gas-Lieferungsstopp kommen, könnten Haushalte zur Not mit dem eigenen und mit norwegischem Gas gerettet werden. Aber für die Konsumenten als Arbeitnehmer wären die Folgen eines Embargos fatal. Dieses würde die energieintensive Industrie sofort treffen, etwa Stahlindustrie, Papierindustrie, Zementindustrie, aber auch die Lebensmittelindustrie. Zehntausende Beschäftigte und ihre Familien wären direkt betroffen, ganz zu schweigen von der Zulieferindustrie und ihren Mitarbeitern. Die Witterung macht die Situation nicht wirklich einfacher: Der Gasverbrauch sinkt zwar in der wärmeren Jahreszeit, aber ohne Gas geht in der Industrie kaum etwas.

In diesem Sinn ist klar: Der russische Krieg gegen die Ukraine erfordert ein klares und konsequentes Auftreten und punktgenau wirksame Sanktionen. Die Selbstzerstörung des Standortes gehört nicht dazu. Realismus und Augenmaß sind in jeder Hinsicht den Weg aus der Krise geboten.

Ihr

 Christoph Neumayer,
 IV-Generalsekretär



„Wir tun uns in Europa nichts Gutes, wenn wir Belastungen aufeinanderstapeln und damit die Industrie im internationalen Wettbewerb weiter schwächen. Am Ende werden Regionen gewinnen, die das nicht haben.“

Andreas Gerstenmayer,
 Vorstandsvorsitzender AT&S



„Mit einer Behaltefrist von einem Jahr und damit verbundener Steuerfreiheit kann sicher ein Anreiz gegeben werden, um Anleger in den Markt zu holen.“

Angelika Sommer-Hemetsberger,
 Vorständin OeKB



„Bei der Arbeitsmarktlage ist es sicher sinnvoll, den Arbeitsanreiz zu stärken.“

Johannes Kopf,
 Vorstand AMS



„Die Energiewende muss man diszipliniert managen. Wenn Energie zu teuer oder nicht verfügbar ist, kippt das sehr schnell.“

Alfred Stern,
 CEO OMV

WIRTSCHAFTS-
 UNTERNEHMEN

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 3. April war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine finden Sie unter: www.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



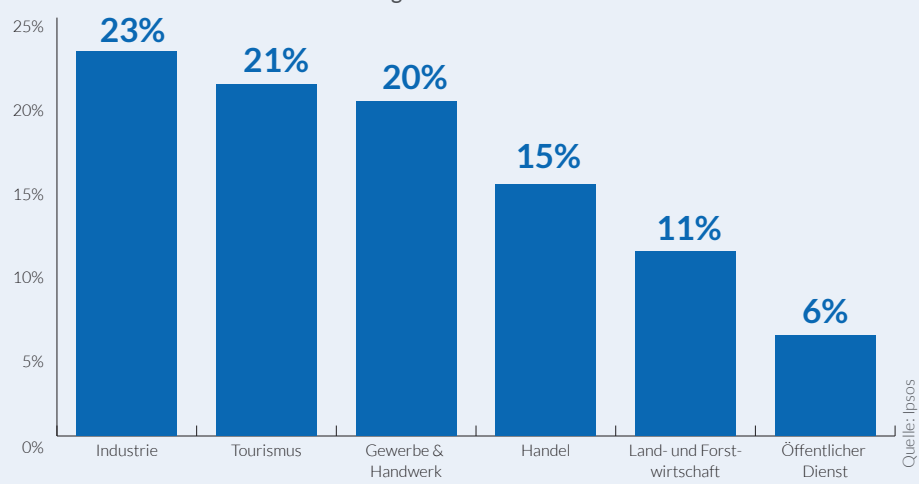
GRAFIK DES MONATS

Während der Corona-Krise waren die Industrie und die industrienahen Dienstleistungen Wachstumslokomotiven für Wohlstand, Arbeitsplätze und hohe Lebensqualität. Rund zwei Drittel des Wirtschaftswachstums im vergangenen Jahr war auf diese Sektoren zurückzuführen. Die Bevölkerung schätzt daher die Industrie völlig zurecht als Wachstumsmotor Nummer Eins in Österreich

ein, davon ist jeder Vierte in Österreich überzeugt, wie eine aktuelle Umfrage des Marktforschungsunternehmens Ipsos zeigt. Damit wird aber auch ersichtlich, dass die Bevölkerung weiterhin ausführlich über die Leistungen der Industrie informiert werden muss. Denn die Leistung der Industrie für Wohlstand und Arbeitsplätze ist tatsächlich noch deutlich größer.

Bedeutung für Wachstum und Wohlstand

Frage: Bitte geben Sie an, welcher der folgenden Wirtschaftsbereiche für Wachstum und Wohlstand am wichtig ist?



ZAHL DES MONATS

50.000.000

Mit 50 Millionen Euro stärkt die Bundesregierung den Life Science-Standort Österreich. So wird das Ende März vorgestellte „Austrian Life Science“-Programm F&E-Unternehmensprojekte (Digitalisierung im Gesundheitswesen, Medizinprodukte, Arzneimittel), klinische Studien sowie Leitprojekte innovativer Produktionstechnologien fördern. Für die IV wird damit ein wesentlicher Baustein der Technologieoffensive umgesetzt, die von der Industrie vorgeschlagen wurde und auch in der FTI-Strategie 2030 zentral verankert ist. Richtig und wichtig ist zudem die breite Themensetzung der Ausschreibungsschwerpunkte ebenso wie die prominente Berücksichtigung der Medizintechnik. Österreich verfügt in den Life Sciences über eine hervorragende Ausgangsbasis. Knapp 1.000 Unternehmen stehen für mehr als 60.000 Arbeitsplätze und erwirtschaften 25 Milliarden Euro an Umsatz. Die Life Sciences zählen zu den forschungsstärksten Sektoren überhaupt.

Informationen zur ersten Ausschreibung: www.ffg.at/AustrianLifeSciences Programme

Arbeitslosenversicherung Neu: Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit fördern

Bis Sommer soll eine Reform der Arbeitslosenversicherung vorliegen. Wie der Fachkräftemangel gelindert werden muss und welche Anreize notwendig sind, um arbeitslose Menschen wieder rascher ins Erwerbsleben zurückzubringen, zeigt die Industrie.

Mehr als 200.000 offene Stellenangebote gab es im März auf der AMS-Plattform „alle jobs“. Bei der Lehrlingsausbildung klafft eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage: Allein in Oberösterreich, Tirol oder der Steiermark überstieg die Zahl der offenen Stellen jene der Bewerber um das Dreifache. Auch die Arbeitsmobilität in Österreich ist vergleichsweise gering: Während im Februar etwa 40 Prozent der Arbeitslosen in Wien wohnten, befanden sich 85 Prozent der gemeldeten offenen Stellen in den anderen acht Bundesländern. Ein Beispiel verdeutlicht die Diskrepanz: In der Bundeshauptstadt waren zuletzt mehr als

400 Elektromechaniker und rund 200 Maschinenbautechnikerinnen arbeitslos gemeldet. Im Gegensatz dazu gab es in Oberösterreich in diesen Berufen dreimal mehr offene Stellen als Arbeitssuchende.

Beschäftigungsanreize stärken

All diese Zahlen machen den grassierenden Fachkräftemangel nicht nur spür-, sondern auch sichtbar. Um diese Wachstumsbremse zu lockern, soll die von Arbeitsminister Martin Kocher angekündigte Reform der Arbeitslosenversicherung Neu als Hebel wirken. Die IV bringt ihre Erwartung auf den Punkt: Beschäftigungsanreize stärken und vorhandene Potenziale bestmöglich nutzen. Eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik muss

die Vermittlungseffizienz erhöhen sowie Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit fördern.

Welche Vorschläge hat die IV für die Reform? Die Industrie hat sich für die Einführung eines degressiven Arbeitslosengeldes ausgesprochen. Österreich ist das einzige Land in Europa, das Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zeitlich unbegrenzt auszahlt und mangels eines degressiven Verlaufs der Bezugshöhe auch vergleichsweise wenig Anreizwirkung setzt. Außerdem plädiert die IV dafür, den Leistungsbezug während geringfügiger Beschäftigung zu reformieren. Arbeitsmarktexperten argumentieren, dass eine geringfügige Beschäftigung während der Arbeitslosigkeit die Rückkehr in reguläre Beschäftigung vielfach hemmt und in weiterer Folge niedrigere Erwerbseinkünfte nach sich zieht.

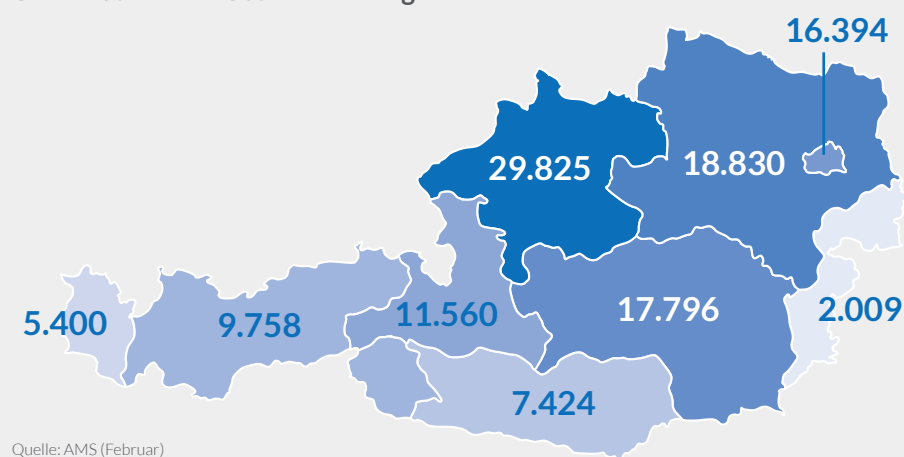
Langzeitarbeitslosigkeit wieder auf Vorkrisenniveau

Ebenfalls auf dem Forderungskatalog der Industrie: Eine Entlastung bei den im internationalen Vergleich hohen Lohnnebenkosten würde Wachstum und Beschäftigung vorantreiben. Weitere Säule der Reform sollte die Stärkung beschäftigungsfördernder Maßnahmen sein, etwa die Eingliederungsbefreiung oder der Kombilohn. Als erfolgreiches Beispiel verweist die IV auf das Programm Sprungbrett: Seit dem Rekordwert im April 2021 konnte die Langzeitarbeitslosigkeit von 148.400 Menschen um 42.800 reduziert und damit wieder in Richtung

Vorkrisenniveau gesenkt werden. Darüber hinaus braucht es Anreize, um die Mobilität arbeitsuchender Menschen zu fördern, eine passgenaue, auch überregionale Vermittlung zu verstärken und betriebsnahe Qualifizierung zu forcieren. Damit einhergehend muss auch das Angebot an qualitätsvoller Kinderbetreuung entsprechend ausgebaut werden.

Es liegen zahlreiche Vorschläge auf dem Tisch. Bis Sommer sollen diese in eine Reform eingebettet und ein Gesamtvorschlag präsentiert werden. Für die Industrie ist klar: Einen wirtschaftlich nachhaltigen Aufschwung kann es nur mit ausreichenden Arbeits- und Fachkräften geben. Um im Bereich der Arbeitslosigkeit wieder zum europäischen Spitzenfeld aufzuschließen, wo Österreich schon war, wird es einer umfassenden Arbeitsmarktreform bedürfen.

Offene Stellen im Österreich-Vergleich



Quelle: AMS (Februar)

Die Arbeitsmobilität in Österreich ist vergleichsweise gering: Während im Februar etwa 40 Prozent der Arbeitslosen in Wien wohnten, befanden sich 85 Prozent der gemeldeten offenen Stellen in den anderen acht Bundesländern.

IV-EMPFEHLUNGEN AUF EINEN BLICK

- Degressives Arbeitslosengeld einführen
- Lohnnebenkosten senken
- Beschäftigungsfördernde Maßnahmen stärken
- Betriebsnahe Qualifizierung fokussieren
- Qualitätsvolle Kinderbetreuung ausbauen
- Anreize für mehr Mobilität setzen

Wie die heimische Industrie Nachbarschaftshilfe leistet

Im März wurden über 6,5 Mio. Euro Spenden und mehrere tausend Quadratmeter Fläche zur Verfügung gestellt.



Die Betroffenheit über die schrecklichen Ereignisse in der Ukraine war und ist in der Industrie groß. Zumal zahlreiche Unternehmen mit ihren Mitarbeitern persönlich und geschäftlich mit den Menschen in Europas zweitgrößtem Land eng verbunden sind. Unmittelbar nach Kriegsausbruch hat die IV daher die Taskforce „Unsere Industrie hilft“ eingerichtet. Damit möchte die IV die umfangreichen Hilfeleistungen aus der Industrie einfach und punktgenau unterstützen. So stehen den Mitgliedsunternehmen IV-Experten beratend zur Seite, indem sie etwa Betriebe und Behörden miteinander vernetzen.

Mehr als beeindruckend ist, wie viel Hilfe und Solidarität in kürzester Zeit aus den Unternehmen gekommen sind: In den ersten vier Wochen wurden mehr als 6,5 Millionen Euro gespendet. Neben Sachspenden waren und sind vor allem Unterkünfte für Vertriebene

stark nachgefragt. Auch hier haben unzählige Betriebe Verantwortung übernommen: Von Büroräumlichkeiten über Hallen bis hin zu einem Schloss stellten Unternehmen bereits im März mehrere tausend Quadratmeter Fläche für geflüchtete Frauen, Männer und Kinder zur Verfügung. Darüber hinaus hat die IV den Behörden kurzfristig 50 Laptops überreicht, die für die Registrierung der Flüchtenden benötigt werden.

Für die Sach- und Geldspenden relevant: Unternehmen können diese Ausgaben von der Steuer absetzen. Laut Einkommensteuergesetz ist es möglich, solche Leistungen als Betriebsausgaben abzusetzen. Voraussetzung ist, dass die Leistungen im Zusammenhang mit akuten Katastrophenfällen getätigt werden und für das Unternehmen werbewirksam sind. Eine betragliche Obergrenze gibt es laut Wirtschaftsprüfungskanzlei BDO nicht. Steuerlich gelten die Ausgaben als „abzugsfähiger Werbeaufwand“.

KONTAKT

Relevante Informationen finden Sie auf www.iv.at. IV-Mitglieder können sich an die IV-Experten unter Industrie.hilft@iv.at bzw. der Hotline **0664 841 29 23** wenden.



IV-PRÄSIDENT GEORG KNILL IN ORF-„PRESSESTUNDE“

Rückenwind von der Politik für die Bewältigung der aktuellen Energiekrise und der Energiewende forderte IV-Präsident Georg Knill in der ORF-„Pressestunde“ im März. „Wir brauchen umgehend eine Strompreiskompensation. Dieses Instrument wird bereits in 13 anderen EU-Ländern angewendet und würde unsere energieintensiven Betriebe zielgerichtet unterstützen“, so Knill, der sich zudem für einen Belastungsstopp für die Industrie aussprach. „Wir haben eine völlig neue Situation bei der Energieversorgung aufgrund der fundamentalen geopolitischen Entwicklungen. Bevor wir nun Gesetze wie Klimaschutz- oder Energieeffizienzgesetz vorantreiben, müssen diese Auswirkungen vollständig geklärt sein.“ Um die klimapolitische Transformation zu bewältigen, müsse die Politik ins Tun kommen: „Wir brauchen den Startschuss für dieses ausgesprochen ehrgeizige Projekt.“ Notwendig dafür sind etwa deutlich raschere Genehmigungsverfahren. Massive Herausforderung bleibt der Fachkräftemangel insgesamt und mit Blick auf die Corona-Pandemie plädierte der IV-Präsident für klare und einheitliche Regeln in Österreich.

Forschungsfinanzierung: „Fonds Zukunft Österreich“ nimmt Fahrt auf

Welche Schwerpunkte mit dem neuen zusätzlichen Finanzierungsinstrument für Spitzenforschung im Grundlagen- und anwendungsorientierten Bereich gesetzt werden und wie der FTI-Standort damit gestärkt wird.



Mit dem neuen „Fonds Zukunft Österreich“ entsteht aktuell ein zentrales Finanzierungsinstrument zur strategischen Schwerpunktsetzung für wichtige Zukunftsfelder und -technologien in Grundlagen- und angewandter Forschung. Ersetzt werden damit die Gelder der Nationalstiftung für Forschung, die Ende 2020 ausgelaufen ist. Das Bundesbudget stellt dafür bis 2025 jährlich 140 Millionen Euro zur Verfügung, womit die bisherigen Mittel

kompensiert werden. Gemeinsam mit den relevanten FTI-Akteuren hatte sich die IV maßgeblich dafür eingesetzt.

Richtige Prioritäten gesetzt

Ende März haben die zuständigen Ministerien (Wirtschaft, Bildung und Klimaschutz) die strategische Weichenstellung fixiert, wie die Gelder eingesetzt werden sollen. Unter anderem sind für Förderungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz sowie für Forschung und Entwicklung im Halbleiterbereich jeweils

zehn bis zwölf Millionen Euro vorgesehen. Zehn bis 20 Millionen Euro sollen in „exzellente Forschungsgruppen“ fließen, wodurch Forschungsnetzwerke nach internationalen Standards geschaffen werden sollen. Weiters sind zehn bis zwölf Millionen Euro für anwendungsorientierte Grundlagenforschung, 20 bis 25 Millionen Euro für disruptive oder radikale Innovation und 15 bis 25 Millionen Euro für Nachwuchsförderung vorgesehen. Insgesamt sind mehr als die Hälfte der Mittel für die angewandte Forschung reserviert.

Bis Mai können die Begünstigten des Fonds, Wissenschaftsfonds (FWF), Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG), Christian Doppler Gesellschaft (CDG) und Austria Wirtschaftsservice (aws) Vorschläge einbringen, mit welchen konkreten Maßnahmen sie die vorgegebenen Schwerpunkte umsetzen werden. Der finale Mittelbeschluss ist für Ende Juni geplant.

Die IV sieht den „Fonds Zukunft Österreich“ und die gesetzten Schwerpunkte als entscheidenden Schritt für die zusätzliche

Finanzierung von Spitzenforschung im Grundlagen- und anwendungsorientierten Bereich. Damit die Gelder rasch fließen können, müssen die konkreten Ausschreibungen bis zum Sommer dieses Jahres auf den Weg gebracht werden. Unternehmen stehen für zwei Drittel der Forschungsausgaben, daher müssen auch wichtige Formate zur Förderung der angewandten und unternehmensbezogenen Forschung im „Fonds Zukunft Österreich“ in angemessenem Ausmaß umgesetzt werden.

ZAHLEN IM BLICK

- Mit dem „Fonds Zukunft Österreich“ fließen jährlich 140 Mio. Euro in die Spitzenforschung.
- Fast 30 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung verdanken wir dem Bereich Forschung und Entwicklung.
- Unternehmen stehen für zwei Drittel aller in Österreich getätigten Forschungsausgaben.

Quantencomputer werden im nächsten Jahrzehnt in klassische Computer integriert

Die Quantentechnologie als Schlüsseltechnologie für die Zukunft war zentrales Thema einer IV-Onlineveranstaltung. Wo die industriellen Anwendungen sein werden und welche Chancen sich für die Industrie bieten, darüber sprachen die iv-positionen mit dem renommierten Experimentalphysiker Rainer Blatt.

Herr Prof. Blatt, Sie sind einer der ausgewiesenen Forscher für Quantentechnologien in Österreich. In welchem Bereich arbeiten Sie gerade?

Meine Arbeitsgruppe und ich arbeiten an einem universellen Quantencomputer mit gespeicherten Ionen, wir bauen Atomuhren und wir machen Quantensimulationen für physikalische Probleme in der Grundlagenforschung. Mitarbeiter forschen in eigenen Gruppen an Quantenschnittstellen zur Übertragung von Quanteninformation von Atomen und Ionen auf Photonen und über Telekom-Fasern über große Distanzen.

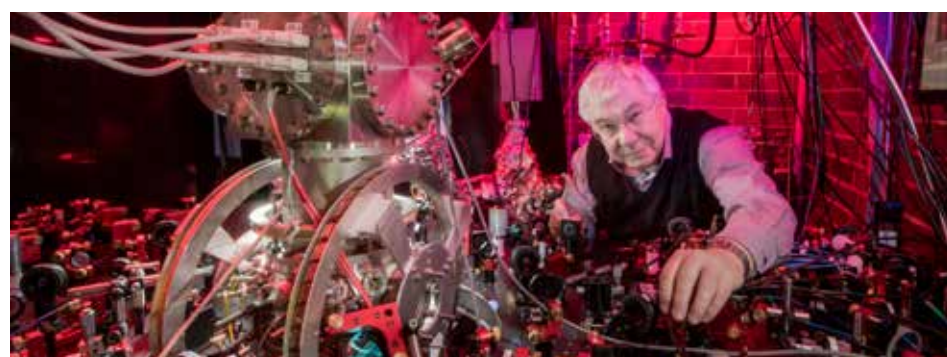
Was sind zukünftige Anwendungen für Quantentechnologien in der Industrie?

Für Quantenkommunikation sind bereits

Systeme auf dem Markt, Sensoren und Messtechnik werden gerade für die Industrie umgesetzt. Quantencomputer werden im nächsten Jahrzehnt zunächst in klassische Computer integriert werden, um spezielle, aber wichtige Probleme rechenbar zu machen. Langfristig bedarf es bei den Quantencomputern neben der technologischen Realisierung vor allem noch der Grundlagenforschung zur Korrektur von auftretenden Fehlern.

Österreich hat Technologieanbieter und potenzielle Anwender im produzierenden Sektor. Welche Chancen sehen Sie für die Industrie bei uns und in der EU?

Österreich hat hervorragendes Know-how auf dem Gebiet der Quantentechnologien und ist für die Zukunft gut vorbereitet. Die Ausbildung auf diesem Gebiet ist exzellent, wird national und international nachgefragt und die Absolventen haben die Kenntnisse, Quantentechnologien sehr rasch in der Industrie einzuführen. Dies stärkt auch die



EU, da Österreich in der Erforschung von Quantentechnologien einen europäischen Spitzenplatz einnimmt.

Europa kann eine führende Rolle in der Quantentechnologie einnehmen und technologisch unabhängig sein. Was kann die Industrie heute konkret dafür tun?

Für die breitere Nutzung der neuen Quantentechnologien ist es notwendig, die wissenschaftlichen Erkenntnisse mit

industrieller Technologie zusammenzuführen. Die Industrie hat Produktideen, ausgereifte Verfahren, Qualitätsstandards und Vertriebskanäle. Die Grundlagenforschung war und ist eine europäische Stärke, mit entsprechendem Engagement kann die Industrie in Europa dieses Potenzial heben und eine Vorreiterrolle einnehmen.

Ihr Spin-off hat enorme weltweite Konkurrenz. Andere Länder investieren Milliarden. Was braucht es, um aus Österreich heraus erfolgreich zu sein?

Wir haben in Österreich eine ausgezeichnete Ausgangslage: hervorragend ausgebildetes Personal, ein gutes Arbeitsumfeld und eine Umgebung, in der andere Urlaub machen. Größere Investitionen sind notwendig, um das technologische Umfeld zu schaffen. Das braucht Infrastruktur und einen langen Atem. Er erfordert auch weit-sichtige Investoren, unbürokratische Hilfen für Start-ups, weniger Verwaltungsaufwand. Kurz: den Mut, innovativ und risikoreich die Zukunft zu gestalten.

ZUR PERSON

Rainer Blatt ist Professor für Experimentalphysik an der Uni Innsbruck und wissenschaftlicher Direktor am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Der Quantenphysiker zählt zu den Gründern des österreichischen Quantencomputerunternehmens Alpine Quantum Technologies GmbH (AQT), ein Spin-off der Uni Innsbruck und der Akademie der Wissenschaften. AQT entwickelt Hardware für Quantencomputer, die auf Ionenfallentechnologie aufbaut und gehört zu den Technologie-Pionieren des Weltwirtschaftsforums.

www.aqt.eu

RÜCKBLICK

Quantensprung in die Praxis stärkt Technologiesouveränität

Österreichs Wissenschaft punktet weltweit in der Quantentechnologie. Gelingt die erfolgreiche Kommerzialisierung trotz Mitbewerbern in USA und Asien? Robert Axmann (DLR), Markus Aspelmeyer (Universität Wien/ÖAW), Helmut Leopold (AIT), Stefan Rohringer (Infineon), Florian Neukart (Terra Quantum), Magdalena Hauser und Wolfgang Lechner (ParityQC) diskutierten im März bei einer IV-Online-Veranstaltung über die Chancen der Industrie. Um diese nutzen zu können, sind ein gezielter Aufbau eines Ökosystems aus Forschung, Industrie und Start-ups, frühzeitige Aneignung von Wissen durch F&E-Projekte in der Industrie sowie ein klarer Appell, in europäischen Netzwerken zu agieren, entscheidend.

Energiekosten richtig senken!

Die hohen Energiekosten sind für den Standort eine existenzielle Gefahr. Für die Industrie und ihre rund eine Million Mitarbeiter braucht es rasche Entlastung sowie mittel- und langfristige Perspektiven.

Die aktuelle Situation lässt sich nicht beschönigen: „Viele Betriebe stehen mit dem Rücken zur Wand. Der russische Überfall auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, wie sehr wir von russischem Gas abhängig sind – und wie international eng vernetzt die europäische Industrie und Wirtschaft arbeiten. Beeinträchtigte oder abgerissene Lieferketten, sinkende Nachfrage und Investitionen sowie eine massive Unsicherheit, wie es weiter geht – das ist Gift für Industrie und Standort“, bringt IV-Präsident Georg Knill den Status quo auf den Punkt. Um das Ausmaß zu verdeutlichen: Die Kosten für Gas liegen derzeit beim siebenfachen des Vorkrisenniveaus 2019, der Strompreis beim fünffachen. Und auch im EU-Vergleich steht Österreich

„Wir unterstützen die notwendige grüne Transformation, brauchen dafür aber auch wirksame Unterstützung durch die Politik.“

Georg Knill
IV-Präsident

schlechter da: So sind die Kosten für Strom um etwa 15 Prozent teurer als in Deutschland. Am Ball ist jetzt die Politik: „Wenn die Politik nicht gegensteuert, werden wir unsere Industrie und damit unseren Wohlstand in der heutigen Form so nicht aufrechterhalten können“, so Knill, der auch auf einen entsprechenden „Offenen Brief“ verweist, den die Industriellenvereinigung Ende März an Energieministerin Leonore Gewessler gerichtet hat (siehe Kasten).

Österreichs Produktionssektor und seine rund eine Million Mitarbeiter brauchen rasche Entlastung und eine langfristige Perspektive. Ein möglicher Ausfall russischer Gaslieferungen, wie er Ende März und Anfang April drohend im Raum stand, hätte verheerende Auswirkungen auf die österreichische Volkswirtschaft: „Ohne Stahl keine

Autoproduktion, ohne Papier keine Verpackung für Lebensmittel oder Medikamente. Kurzfristig gibt es keine Alternative zu russischem Gas, mittelfristig müssen wir diversifizieren, langfristig erneuerbare Energien ausbauen“, stellt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer klar. Die Industriellenvereinigung fordert vor diesem Hintergrund die Umsetzung kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen, kurz einen gemeinsamen „Masterplan“.

Kurzfristig: Betriebe treffsicher entlasten

„Zuerst braucht es kurzfristig rasche und vor allem treffsichere Unterstützungsmaßnahmen wie die Strompreiskompensation“, so IV-Präsident Georg Knill. Diese Beihilfe für stromintensive Unternehmen zur Kompensation indirekter CO₂-Kosten ist treffsicher und in 14 europäischen Staaten im Einsatz. Für die IV ist ein Modell nach deutschem Vorbild wünschenswert. Dies würde eine Entlastung eines niedrigen dreistelligen Millionenbetrags für jene stromintensiven Unternehmen bringen, die es am dringendsten brauchen. Außerdem fordert die Industriellenvereinigung ein Moratorium oder Aussetzen für Maßnahmen auf nationaler oder europäischer Ebene, die Unternehmen in dieser herausfordernden Zeit zusätzlich belasten würden. „Eine falsch umgesetzte Dekarbonisierung darf nicht zu einer Deindustrialisierung führen. Wir haben eine völlig neue Situation bei der Energieversorgung aufgrund der fundamentalen geopolitischen Entwicklungen mit weitreichenden Folgen für die Energieversorgungssicherheit in Österreich und Europa. Bevor wir nun Gesetze wie Klimaschutz- oder Energieeffizienzgesetz vorantreiben, müssen diese Auswirkungen vollständig geklärt sein“, so Knill.

Kurzfristig wirksam ist auch die (bisherige) Positionierung Österreichs auf EU-Ebene gegen jede Art eines Gasembargos gegen Russland. IV-Generalsekretär Neumayer: „Die Lage ist ernst – die Energieversorgung Österreichs steht auf dem Spiel. Tritt der Extremfall einer Drosselung oder Aussetzung der russischen Gaslieferungen ein, haben wir eine Energiekrise in derzeit noch nicht vorstellbarem Ausmaß.“ Die Industrie kritisierte daher Ende März das Krisenmanagement im Klimaschutzministerium als „angesichts der Lage völlig unzureichend“. Der Vorschlag lautete: Ein Energie-Staatssekretär sollte sich direkt im Bundeskanzleramt ausschließlich den aktuellen Herausforderungen widmen. Auf den Punkt gebracht: „Energiepolitik muss jetzt Chefsache werden. Das Ziel ist Autonomie, Autarkie ist unmöglich.“

Mittelfristig: Diversifizieren und entideologisieren

Aus Sicht der Industrie ist es wichtig, die bisherige Energieidebatte zu entideologisieren. „Die Energiepolitik muss weg von einer ideologisch geführten Diskussion hin zu einer zukunftsorientierten, offenen und

technologieneutralen Debatte“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. In der mittelfristigen Perspektive muss es vorrangig um eine Diversifizierung der derzeitigen europäischen Energieversorgung gehen, wobei die Golf-Staaten wichtige strategische Partner sind. „Darüber hinaus müssen wir ebenso den Ausbau komplementärer emissionsfreier Energiequellen vorantreiben, wodurch sich der Bedarf an Gasenergie reduzieren, aber nicht vollends substituieren lässt.“ Was die Erdgasbevorratung betrifft, unterstützt die IV den Aufbau einer strategischen Reserve, auf die sowohl Haushalte als auch Industrie im Krisenfall zugreifen können. „Die Bevorratung ist durch die aktuell in die Höhe getriebenen Preise mit einem sehr hohen finanziellen Risiko verbunden, das nur vom Staat übernommen werden kann“, argumentiert Knill. Mittelfristiges Ziel hinsichtlich der Gasversorgung muss es sein, frei aus einem differenzierten Lieferantenkreis wählen zu können, um damit nicht auf Gedeih und Verderb von einem Lieferanten abhängig zu sein. Besonders wichtig ist auch der Ausbau von LNG-Kapazitäten.

Klar müsse allen in der Politik jedenfalls eines sein, so Knill: „Österreich wird aufgrund seiner geografischen Lage sowie den starken saisonalen Einflüssen auf die erneuerbare Energiegewinnung nicht in der Lage sein, seinen Energiebedarf durch erneuerbare Energiequellen im Inland vollständig

„Die Energiepolitik muss weg von einer ideologisch geführten Diskussion hin zu einer zukunftsorientierten, offenen und technologie-neutralen Debatte.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

zu decken. Daher werden wir immer auf komplementäre Energiequellen und Energietransporte und auf klimaneutralen Wasserstoff angewiesen sein.“

Langfristig: Berechenbare Transformation wirksam unterstützen

Ein wichtiger, langfristig wirksamer Hebel für eine sichere Energieversorgung ist die drastische Beschleunigung der Genehmigungserfahren, um damit den Anteil erneuerbarer Energie aus heimischer Produktion zu erhöhen. „Die Grünen haben durch unnötige Verzögerungen des EAG den Ausbau der



erneuerbaren Energien gedämpft. Zahlreiche Unternehmen waren bereits in den Startlöchern, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Leider sind zahlreiche Projekte so auf die lange Bank geschoben worden“, kritisiert der IV-Präsident. Mehr Zukunftsorientierung erwartet er auch mit Blick auf die Wasserstoffwirtschaft: „Was heute Erdgas ist, wird in Zukunft Wasserstoff sein. Klimaneutraler Wasserstoff kann zum zentralen Energieträger insbesondere für

industrielle Prozesse werden. Dies erfordert die grundsätzliche politische Offenheit für alle Arten von klimaneutralem Wasserstoff sowie das Zulassen von Wasserstoffimporten in großem Umfang“, so Knill. Besonders wichtig für den erfolgreichen Ausstieg aus fossilen Energieträgern: Die heimische Industrie muss durch einen langfristig aufgesetzten Transformationsfonds bei der Gestaltung der Energiewende unterstützt werden. Die Größenordnung soll sich an den Versteigerungserlösen

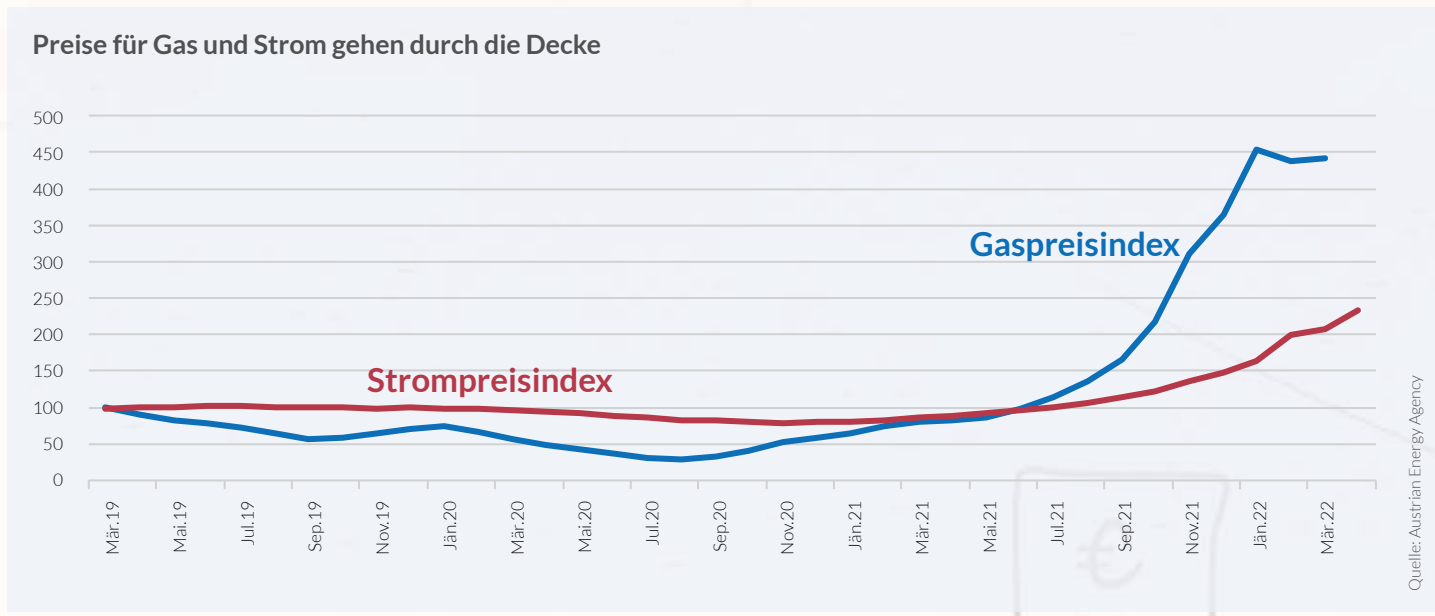
orientieren, die mittlerweile über 300 Millionen pro Jahr ausmachen.

Für IV-Präsident Georg Knill ist klar: „Wir haben aufgrund der fundamentalen geopolitischen Entwicklungen eine völlig neue Situation bei der Energieversorgung. Wir unterstützen die notwendige Transformation, brauchen dafür aber auch wirkungsvolle Begleitung und Unterstützung durch die Politik.“

IV-FAKTENCHECK

43

Bis 2030 will Österreich seinen Strombedarf rein rechnerisch zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen decken. Um dieses Ziel des Erneuerbaren Ausbau Gesetzes (EAG) zu erreichen, erfordert das 43 Milliarden Euro an Investitionen. Rund 25 Milliarden Euro davon sind für Projekte zum Ausbau der Erzeugung von sauberem Strom notwendig. Die Modernisierung und Digitalisierung der Netze benötigen Investitionen von etwa 18 Milliarden Euro. Wenn man die Klima- und Energieziele ernst nimmt, dann bedeutet das auch ein gewaltiges Investitionsprogramm. Umso wichtiger ist, dass die Politik endlich den Startschuss setzt, etwa durch raschere und effizientere Genehmigungsverfahren oder den Beschluss bisher ausstehender Gesetze und Richtlinien.



MASSIV BEEINTRÄCHTIGTE LIEFERKETTEN
Die Produktion in Europa ist nicht nur durch horrend Energiepreise, sondern auch die eingeschränkte Verfügbarkeit bedeutender Vorprodukte und Rohstoffe beeinträchtigt. Gerade aus Russland und der Ukraine kommen viele Ressourcen, die für die industrielle Produktion nicht wegzudenken sind, wie Beispiele zeigen: So wird Nickel für die Stahlherzeugung und Automobilindustrie benötigt, Aluminium für Bauwesen und Maschinenbau, Palladium für die Automobil- und Elektronikindustrie, Kobalt für Batterien und Magnete, Neon-Gas für die Elektronikindustrie bzw. Lasertechnik, Eisenerz für die Stahlerzeugung und Holz für Sägewerke und Holzbau.

OFFENER BRIEF
Vor dem Hintergrund steigender Inflation und horrender Energiepreise hat sich die heimische Industrie in einem offenen Brief im März an Bundesministerin Leonore Gewessler gewendet. Darin wurde der Appell an die Energieministerin gerichtet, die energieintensive Industrie rasch und zielgerichtet zu entlasten, anstehende Belastungen vorläufig auszusetzen sowie eine leistbare und stabile Stromversorgung sicherzustellen.



„JETZT DROHT EINE KRISE IN TEILEN DER INDUSTRIE“
IV-Chefökonom Christian Helmenstein über die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs.



ZUR PERSON:
Christian Helmenstein ist Chefökonom der Industriellenvereinigung und Geschäftsführer des Wirtschaftsforschungsinstitutes Economica.

Wie stark wird das Wachstum durch den Krieg sinken?
Im März haben wir unsere bisherige Wachstumsprognose wegen des Kriegs in der Ukraine um einen Prozentpunkt auf 3,25 Prozent gesenkt: Einer der beiden hauptsächlich dämpfenden Faktoren sind die fehlenden Exporte nach Russland und in die Ukraine. Das macht ungefähr die Hälfte des Effektes aus. Die andere Hälfte des Effektes kommt durch die höhere Inflation zustande. Wenn es zu einem Stopp der Energieexporte aus Russland nach Westeuropa käme, würde das gesamtwirtschaftliche Wachstum gegen null sinken, wir gerieten in eine Stagflation.

Was ist der Unterschied zur Corona-Krise?
Im Gegensatz zu COVID-19 erleben wir jetzt eine Krise von Teilen der Industrie. In den vergangenen beiden Jahren waren es die Unternehmen aus dem produzierenden Bereich und den industrienahen Dienstleistern, die als Wachstumslokomotive

fungiert und damit auch den Arbeitsmarkt weitgehend stabilisiert haben.

Wie muss die Politik auf die Krise reagieren?
Seit der Insolvenz von Lehman Brothers im Jahre 2008 haben wir die große Zeit der Geldpolitik erlebt. Durch eine ultra-expansive Geldpolitik wurde der Versuch unternommen, einerseits Zeit für die Strukturpolitik zu kaufen und andererseits die Tragfähigkeit der hohen Staatsverschuldung zu ermöglichen. Das Jahr 2022 markiert eine Zeitenwende: Das Arsenal einer stimulierend wirkenden Geldpolitik ist nicht nur erschöpft, sondern schon seit geraumer Zeit überstrapaziert. Es bedarf einer längst fälligen Kurskorrektur in der Geldpolitik, um der Erosion des Geldwertes entgegenzuwirken. Zugleich beginnt jetzt eine neue Ära der Fiskalpolitik. Dabei ist der Fiskus aufgerufen, durch einen richtig angelegten Entlastungskurs seinerseits zur Preisstabilität beizutragen. Handlungsbedarf

„In den vergangenen beiden Jahren waren es die Unternehmen aus dem produzierenden Bereich und den industrienahen Dienstleistern, die als Wachstumslokomotive fungiert haben.“

gibt es hier insbesondere bei den Kosten für den Faktor Arbeit: Von Entlastungen bei den Arbeitszusatzkosten würden Beschäftigte wie Unternehmen profitieren.

Wie die Industrie mehr Frauen für Aufsichtsräte gewinnen will

Das IV-„Netzwerk Wettbewerbsfähigkeit“ hat ein „Sparring-Programm“ entwickelt, das Anfang April an den Start gegangen ist.

Vergangenen Herbst hat die IV das „Netzwerk Wettbewerbsfähigkeit“ gegründet. Unter der Leitung von IV-Vizepräsidentin und Infineon Austria-CEO Sabine Herlitschka sowie TTTech-CEO Georg Kopetz stehen hier verschiedene Facetten des Themas Wettbewerbsfähigkeit durch Diversität im Fokus. Ebenfalls auf der Agenda: Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu lindern, konkret durch qualifizierte Zuwanderung oder Zusammenarbeit in altersgemischten Teams. Weiteres Ziel ist es, mehr Frauen für Funktionen in Aufsichtsräten zu gewinnen. Dafür wurde in den vergangenen Monaten in Zusammenarbeit mit dem Verein abz*ustria ein eigenes Programm für die Industrie entwickelt.

Zielgruppe sind in der Industrie beschäftigte Frauen, die eine Position in einem Aufsichtsrat anstreben und bereits die formalen Voraussetzungen oder äquivalente Qualifikationen dafür mitbringen. Diese werden in einem umfassenden Prozess mit erfahrenen, aktiven Mitgliedern von



Aufsichtsräten zusammengebracht. Dabei stellen auch zahlreiche IV-Funktionäre ihre Expertise zur Verfügung und erhöhen damit die Qualität des Programms.

Beim „Sparring-Programm“ kommen Elemente aus dem Mentoring zum Einsatz und werden mit ausgesuchten Vernetzungs- und Reflexionsformaten kombiniert: Die Beziehung zwischen der erfahreneren Person und

der jüngeren Person steht im Mittelpunkt, wodurch der vertrauensvolle, wechselseitige Austausch zwischen beiden Personen gefördert wird. Das generationenübergreifende Miteinander stellt einen unschätzbaren Vorteil für die beteiligten Organisationen zum Thema demografischer Wandel und zum Verständnis der zu erwartenden Veränderungen dar. Beide Seiten bauen ein tragfähiges Netzwerk mit Führungskräften und zukünftigen

Aufsichtsräten auf. Im ersten Durchgang haben sich 18 „Tandem-Paare“ gefunden, die sich im Laufe des zwölf Monate dauernden Programms regelmäßig zu Einzelterminen treffen. Dazwischen sind hochkarätige Vernetzungsveranstaltungen vorgesehen, der offizielle Kick-Off fand Anfang April im Haus der Industrie statt.

Für die Wirtschaft ist der Umgang mit Pluralität zu einem der wichtigsten Zukunftsthemen und Diversität zum Business Case geworden. Gerade in Zeiten des Mangels an qualifiziertem Personal wird es entscheidend sein, wohin die besten Köpfe gehen und wie agil Unternehmen auf die sich rasch ändernden globalen Rahmenbedingungen reagieren. Das neue Sparring-Programm soll hier einen Beitrag leisten.

KONTAKT

Melanie Eckl-Kerber
melanie.eckl-kerber@iv.at

Startschuss für zweite Breitbandmilliarde gegeben

IV-AKTUELL

Bis 2030 soll Österreich flächendeckend mit Breitband versorgt sein. Dieses Ziel hat sich die Bundesregierung gesetzt, laut deren Angaben derzeit 43 Prozent der österreichischen Haushalte mit gigabitfähigen Anschlüssen ausgerüstet sind. Um weiter voranzukommen, wurde im März der Startschuss für die Auszahlung einer zweiten Breitbandmilliarde in Höhe von 1,4 Milliarden Euro gegeben.

Für die Industrie ist die finanzielle Schwerpunktsetzung für den Breitbandausbau ein Gebot der Stunde. Gerade im Sinne der fortschreitenden Digitalisierung sind leistungsstarke und zuverlässige Datenverbindungen Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg von morgen. Doch der Weg ist noch weit: Um das Ziel bis 2030 zu erreichen, beläuft sich der gesamte Investitionsbedarf laut Breitbandbüro des Bundes auf zehn bis zwölf Milliarden Euro. Entscheidend sind dafür die Investitionen durch die bestehenden privaten Infrastrukturbetreiber.

Ausgezahlt wird die zweite Breitbandmilliarde im Rahmen von Förderprogrammen. Erste Calls belaufen sich auf 660 Mio. Euro: Zwei davon sind „Access“ (150 Mio. Euro) und „OpenNet“ (450 Mio. Euro), die sich an Infrastruktur- und Telekommunikationsbetriebe sowie an Landesgesellschaften oder



Gemeinden richten. Mit ersterem soll die Verfügbarkeit von gigabitfähiger Kommunikationsinfrastruktur in jenen Gebieten Österreichs erhöht werden, die aufgrund eines Marktversagens nicht oder nur unzureichend durch einen privatwirtschaftlichen Ausbau erschlossen werden. „OpenNet“ soll es zudem Förderwerbern ermöglichen, größere Projekte zu planen und umzusetzen.

Und hier orten Experten einen Wermutstropfen: Während neu geschaffene Infrastrukturgesellschaften, die sich teilweise im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, zu beiden Programmen Zugang haben, sind private Telekombetreiber von „OpenNet“ de facto ausgeschlossen. Dabei stemmen gerade diese Unternehmen den Großteil der Investitionen in die digitale Infrastruktur des

Landes. Wünschenswert wäre zudem eine Weiterentwicklung der Förderinstrumente in Richtung einer stärkeren Nachfrageorientierung. Für die Industrie bleibt weiter entscheidend: Mit einem modernen Regime für die Bereiche Netzausbau und Infrastrukturnutzung könnte der digitale Investitionsstandort Österreich im Dialog mit der betroffenen Industrie weiter gestärkt werden.

50 Jahre Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung

Huer feiert die Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung der Industriellenvereinigung ihr 50-jähriges Bestehen. Seit 1962 unterstützt die Industrie damit „Studien zur Kompetenzbeschaffung und zur Vertiefung der jeweiligen fachlichen Fremdsprachenkenntnisse an internationalen Spitzeninstituten in Bildung, Wissenschaft und Forschung“. Anlässlich des Jubiläums werden 2022 drei Exzellenzstipendien vergeben:

Dabei wird die erstplatzierte wissenschaftliche Arbeit mit 10.000 Euro ausgezeichnet, die beiden weiteren mit jeweils 7.500 Euro. Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 31. August 2022.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.iv.at

Maßnahmen gegen explodierende Energiepreise gesucht

Im März geisterte es als Scherz durch soziale Medien, der Hintergrund war aber mehr als ernst. „Hat jemand die Energieministerin gesehen?“ Flugblätter mit dieser Aufschrift hängten Unbekannte in Wien auf Laternenmasten. Nachsatz: „Die Energiepreise explodieren und sie ist nicht auffindbar!“ Diese Initiative sollte mit Augenzwinkern verdeutlichen, wie gravierend die Belastung für Unternehmen, Haushalte und den Standort insgesamt geworden ist.



Am Weg zum 5-Sterne-Industrieland

IV-Kärnten-Präsident Timo Springer präsentierte der Jungen Industrie die Roadmap, wie Kärnten zu einem der wachstumsstärksten Bundesländer werden soll.

Kärnten soll zum 5-Sterne-Industrie- und Technologieland in Österreich und darüber hinaus werden. Ehrgeiziges Ziel der von der IV-Kärnten entwickelten Roadmap ist es, bis 2024 eines der drei wachstumsstärksten Bundesländer zu werden. Das Programm zeigt, wo die aktuellen Herausforderungen und Probleme in Kärnten liegen und, noch wichtiger, welche Maßnahmen gesetzt werden müssen, um Kärnten zu einem wesentlichen 5-Sterne-Industriestandort zu entwickeln. IV-Kärnten-Präsident Timo Springer sprach im Rahmen einer JI-Veranstaltung im Klagenfurter Lustgarten die wesentlichen Punkte an, die man dafür umsetzen müsse. „Wir haben Nachholbedarf in den Bereichen Infrastruktur- und Bildungspolitik, Innovation

und Image der Industrie“, meint Springer. Der Industriestandort müsse gestärkt und breiter aufgestellt und das gute Image der Industrie sichtbar gemacht werden. Kärntens Forschung hänge aktuell an zu wenigen Leitbetrieben, „es gibt zu wenige forschende und entwickelnde Einheiten“, so Springer. Wichtig sei außerdem, dass sich Industrieunternehmen entlang der Wertschöpfungsketten um diese Leitbetriebe herum ansiedeln, miteinander kooperieren und sich vernetzen – und das nach Möglichkeit in wachsenden Schlüsselbranchen.

Green Deal: Es fehlt uns die Zeit

Ein spannender und aktueller Diskussionspunkt war der Themenkomplex Energie,

Klima und Green Deal. Ein Unternehmen CO₂-neutral zu bekommen, sei eine große Herausforderung: „Die Themen Energie und Klima beißen sich. Es fehlen die Technologien und die Ideen, die es in Zukunft ermöglichen könnten, bis 2040 CO₂-neutral zu werden“, ist Springer überzeugt. „Wie soll das ohne die dafür notwendigen Technologien gelingen?“ Das Verständnis, wo bei steigendem Bedarf die Kapazitäten an elektrischer Energie herkommen sollen, sei nicht vorhanden. Allein eine klimaneutrale Industrie benötige bis 2040 doppelt so viel Strom und grüne Energie wie heute. „Die Industrie ist nicht gegen den Wandel in Richtung Green Deal, aber wir brauchen Augenmaß, Vernunft und Zeit“, stellt Springer klar.

Springer schloss mit einem Appell: Am Weg zum 5-Sterne-Industrie- und Technologieland müsse Kärnten dringend seine Defizite aufarbeiten. „Wenn die Anforderungen so umgesetzt werden wie in der Roadmap beschrieben, schaffen wir es, bis 2024 zu einem der wachstumsstärksten Bundesländer zu werden“. Springer fordert daher die Mitglieder der Jungen Industrie auf: „Kommunizieren Sie die Themen, vernetzen Sie sich und lernen Sie voneinander. Versuchen Sie, gute Lösungen zu finden und zu entwickeln“.



Reformdiskussion jetzt? Ja, gerade jetzt!

Derzeit wird wieder einmal viel Geld verteilt. Irgendwann wird man die entsprechenden Schulden auch bezahlen müssen. Zeit, längst fällige Reformen endlich anzugehen.

Es herrscht Krieg, Corona feiert immer wieder fröhliche Urständ und die Klimakrise bleibt auch aktuell. Klar, dass da keiner viel über Einsparungen und ausgabenseitige Reformen reden will. In der Krise müsse man investieren. Mag sein, mag auch sein, dass es ohne weitere krisenbedingte Ausgaben nicht gehen wird.

Dennoch ist es gerade jetzt höchste Zeit, darüber zu sprechen, wer den entsprechenden Schuldenberg abtragen wird müssen. Schon vor Corona und dem Krieg in der Ukraine war Österreich höher verschuldet als uns lieb sein kann. Versuche, einen ausgeglichenen Haushalt oder gar Überschüsse zu erzielen, gab es in Österreich noch nicht so oft.

Warum man bereits jetzt, mitten in dieser schwierigen Situation, über die Ausgaben des Staates reden sollte, ist simpel: Strukturelle Maßnahmen, etwa bei den Pensionen oder in der Verwaltung, können viel Geld bringen, brauchen aber auch eine gewisse Zeit, ihre Wirkung zu entfalten. Den besten Zeitpunkt für solche Maßnahmen vor 15 bis 20 Jahren haben wir ohnehin verpasst. Je früher wir also ernsthafte Reformanstrengungen zu diskutieren beginnen, desto besser.

Eine Anmerkung zum Krieg in der Ukraine: Klar, dass dieser so schnell wie möglich vorübergehen muss. Aber es wird irgendwann auch ein „nach dem Krieg“ geben. Als Europa müssen wir dann, so schwer es fallen mag, neue Wege zu einem nachhaltigen Frieden finden. Mahatma Ghandi meinte: „Aug um Aug, Zahn um Zahn macht die ganze Welt blind.“ Ein Ausweg aus dem Zirkel von Aggression und Gegenaggression wird nur gelingen, wenn wir möglichst rasch wieder friedliche Beziehungen zu all unseren Nachbarn knüpfen können. Das wird nicht einfach, ist aber ein Muss.

Last but not least gilt bei alledem eine, wenn nicht die wichtigste Lehre, die uns diese Pandemie bisher gelehrt hat: Die einzig immer geltende Regel ist die der Eigenverantwortung des einzelnen Bürgers – keineswegs nur bei Corona.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



IV-Kärnten-Präsident Timo Springer sieht Nachholbedarf in den Bereichen Infrastruktur- und Bildungspolitik, Innovation und Image der Industrie.

Investitionen in Elementarbildung gefordert

Die Junge Industrie fordert dringend mehr Mittel für die frühkindliche Bildung und Betreuung – die Qualität der entsprechenden Angebote ist in Österreich vom Wohnort abhängig.

Im März sind Kindergarten- und Hortpädagoginnen gleich zweimal auf die Straße gegangen, um bessere Bedingungen für ihre Berufsgruppe zu fordern. Dafür habe er ein „gewisses Verständnis“, wie der stellvertretende JI-Bundesvorsitzende Nikolaus Griller ausführt: „Eigentlich sollten solche Maßnahmen nicht notwendig sein. Es herrscht breiter Konsens darüber, dass mehr Investitionen in die Elementarbildung in Österreich erstens dringend notwendig sind und sich zweitens auf lange Sicht ohnehin selbst finanzieren. Der Staat würde, wie auch in der Vergangenheit, durch ein Mehr an Beschäftigung auch mehr Steuereinnahmen generieren.“ In Wien sei man, auch bei der Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger Bildungsangebote für unter-3-Jährige, vergleichsweise gut aufgestellt, aber „wir

wissen, dass es in manchen Bundesländern anders aussieht. In Österreich hängt das Angebot elementarpädagogischer Einrichtungen damit vom Wohnort ab. Das ist nicht zeitgemäß und eine Belastung für die angestrebte bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, so Griller.

So brauche es einmal den reinen Ausbau vorhandener Angebote: „Wir benötigen rund 10.000 Betreuungsplätze für unter-3-Jährige, um das Barcelona-Ziel von 33 Prozent zu erreichen. Zudem braucht es echte, ganztägige und ganzjährige Angebote sowie bundesweit einheitliche Qualitätskriterien.“ In der Ausbildung von qualifiziertem Personal brauche es des Weiteren einen Qualitäts- und Quantitätsschub, wie Griller ausführt: „Das wird uns einiges kosten, aber die

bestmögliche Bildung und Betreuung unserer Kleinsten muss uns das wert sein. Es wird hier auch darum gehen, den Pädagoginnen und Pädagogen endlich jene Wertschätzung entgegenzubringen, die sie verdient haben.“ Aus Sicht der JI brauche es daher dringend eine Investitionsoffensive im Bereich der Elementarpädagogik.

JI-FACTBOX

1 Prozent des BIP

So viel wird im EU-Schnitt in die frühkindliche Bildung investiert. In Österreich sind es lediglich 0,7 Prozent.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@ivat, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky, Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: des21 | Matthias Penz

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort: Wien, Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Kein Ende der Kostenspirale

Gerhard Poppe, Vorstandsvorsitzender bei Walstead Leykamdruck in Neudörfel, spricht mit den iv-positionen über Rohstoffknappheit bei Papier, explodierende Preise bei Energie und Vormaterialien, wichtige Rahmenbedingungen für die systemrelevante Industrie und die Zukunft des Print-Werbemarktes.



Gerhard Poppe, Vorstandsvorsitzender Walstead Leykamdruck

Steigende Papier- und Rohstoffpreise haben schon bisher die Druckereibranche sehr belastet. Jetzt schnellen die Energiepreise durch die Decke, Gas droht ganz auszubleiben. Wie geht es Ihrem Unternehmen, was sind die Zukunftsszenarien?

Die enormen Papierpreissteigerungen von zum Teil mehr als 50 Prozent im Jahr 2021 konnten wir mit Verkaufspreissteigerungen und gemeinsamen Maßnahmen mit unseren Kunden noch größtenteils kompensieren. Auch im Jahr 2022 ist unsere Branche massiv betroffen von einer bislang

ungekannten Papierknappheit, unvorhersehbaren Preisentwicklungen, unverbindlichen Lieferterminen und langen Lieferfristen. Wir sind merklich von der Situation auf den Papiermärkten beeinträchtigt und erwarten eine dauerhafte Mengenreduzierung durch die Abwanderung von Printaufträgen in alternative Werbeformen.

Die sprunghaft angestiegenen Erdgaspreise und die hohen Strompreise verteuern unmittelbar die Herstellung von Druckprodukten. Außerdem haben weitere Lieferanten drastische Preiserhöhungen für wichtige Materialien wie Druckfarben und Druckplatten angekündigt und mit einer sehr kurzen Vorlaufzeit umgesetzt. Ein Ende der Kostenspirale ist hierbei leider noch nicht absehbar.

In keinem der Bereiche wird aktuell mit einer kurzfristigen Verbesserung der Lage gerechnet. Zunächst muss eher von einer Verschärfung der Situation ausgegangen werden. Wir rechnen damit, dass sich die Auslastung frühestens im Spätherbst auf deutlich niedrigerem Niveau einpendeln wird.

Die gesamte Konstellation bringt derzeit eine Reihe von Problemen. Wir versuchen noch schneller und flexibler auf die immer neuen Krisen zu reagieren und sprechen derzeit mit unseren Kunden darüber, die Kostendeckung zu verbessern. Wir sind gezwungen, einen Energiekosten-Zuschlag zu verrechnen, um die Fortführung der

Produktion in einer Situation zu gewährleisten, in der die Energiekosten in Europa in den letzten Wochen sehr schnell auf ein nicht mehr tragbares Niveau gestiegen sind.

Wir passen die Kapazität laufend an die Nachfrage an. Damit ist auch das temporäre Abstellen von Druck- und Endfertigungsmaschinen umfasst.

Welche Rahmenbedingungen würden Ihnen helfen?

Das vor Kurzem von der Bundesregierung präsentierte Paket ist angesichts der Situation nur ein Tropfen auf den heißen Stein und geht an der Realität von industriellen Druckunternehmen völlig vorbei. Wir sind in allen Werken aufgrund der zum Einsatz kommenden Drucktechnologie von der Belieferung mit Gas abhängig. Biogas oder LNG Gas bieten für uns hinsichtlich der Kosten, Technologie und der benötigten Menge keine ökonomisch sinnvolle Alternative.

Wir sind auf den Energieträger Gas angewiesen. Uns würden beispielsweise eine bundesweite Gasmengenbevorratung oder eine temporäre Preisobergrenze helfen. Selbstverständlich halten wir auch die vom IV-Präsidenten vorgeschlagene Strompreiskostenkompensation für eine zweckmäßige Maßnahme.

Wenn sich die Produktion aufgrund der hohen Energie- und Rohstoffkosten nicht mehr lohnt und Maschinen abgeschaltet

werden, drohen wichtige Lieferketten zu zerreißen. Demgegenüber ist die uneingeschränkte Bedeutung von Druckprodukten nach wie vor gegeben.

In der Corona-Pandemie hat die Politik erkannt, dass die österreichische Industrie „systemrelevant“ ist. Diese Einsicht gilt auch in der aktuellen Krise. Das heißt, die Verlängerung der Corona-Kurzarbeit wäre angesichts der zu erwartenden, auf tieferem Niveau schwankenden Auslastung ebenfalls ein probates Instrument.

Wie schaut der Print-Werbemarkt in Österreich aus?

Print sorgt für Umsatz, Einschaltquoten, Käufer, Wähler, Gäste, Marktanteile, Mieter, Nutzer und Besucher. Qualität und Geschwindigkeit der hiesigen Produktionen sind auf höchstem Niveau – von Auflage Eins im Digitaldruck bis zur Millionenauflage im Offsetdruck.

Die ersten Zahlen der Werbebilanz 2022 zeigten, zumindest im Hinblick auf den ersten Werbemonat einen positiven Trend; insgesamt sprach man in der Branche noch Mitte Februar von einer positiven Prognose.

Wir gehen allerdings davon aus, dass sich die Werbezahlen 2022 mit hoher Wahrscheinlichkeit unter dem Krisenjahr 2020 einordnen werden, wengleich sich die Werbeausgaben aufgrund der steigenden Kosten etwas besser entwickeln werden.

Lowergetikum: Wenig Technik, aber viel Komfort

Technikreduziertes Bauen und Nachhaltigkeit stehen im Zentrum der Forschung des vor Kurzem eröffneten Lowergetikums in Pinkafeld



Lowergetikum am Campus Pinkafeld eröffnet: Architektin Ursula Schneider (3. v.l.), Landesrat Leonhard Schneemann (5. v.l.), Forschung Burgenland-Geschäftsführer Marcus Keding (3. v.r.), FH-Geschäftsführer Georg Pehm (r.) mit den Aufsichtsräten der Forschung Burgenland Christian Büll, Eva Schachinger, Siegfried Kassl und Ingrid Puschautz-Meidl

Wenig Hightech, kein Komfortverzicht und hoher ökologischer Anspruch – so lässt sich das Versuchs- und Demonstrationsgebäude der FH Burgenland und Forschung Burgenland beschreiben. Die „lowtech“-Bauweise lässt Gebäude weniger abhängig von Technik werden und stellt Komfort durch die Nutzung von natürlichen Ressourcen wie Wind und Sonne her. Genau diese Ansätze werden künftig im neu eröffneten Gebäude am Standort Pinkafeld untersucht. Das Lowergetikum steht somit nicht nur in seiner Bauweise – es ist

tatsächlich noch sehr leer, Technik ist derzeit noch nicht vorhanden, sondern auch in der Forschungsarbeit im Kontrast zum benachbarten Energetikum, einem Hightech-Gebäude.

Das neue, nachhaltige Lowtech-Gebäude soll eine noch bessere Vernetzung zwischen Forschung und Industrie ermöglichen.

Investition in Innovation

„In der Gebäudetechnik stellt sich zunehmend die Frage, ob ‚hightech‘ oder ‚lowtech‘ der bessere Ansatz für mehr

Energieeffizienz und Nachhaltigkeit ist“, sagt Marcus Keding, Geschäftsführer der Forschung Burgenland. Mit dem 2015 eröffneten Forschungsgebäude Energetikum wurde in Pinkafeld bereits ein einzigartiges Forschungsgebäude für den Bereich Hightech errichtet. Seither wird gemeinsam mit Unternehmen an technologischen Lösungen der Zukunft geforscht.

1,5 Millionen Euro flossen bisher in den Bau des Lowtech-Gebäudes, finanziert vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, kofinanziert von Bund und Land Burgenland.

Gut investiertes Geld, denn Marcus Keding, sieht auch steigendes Interesse der Wissenschaft an lowtech. „Es geht um die Bewertung von Baumaterialien und die Analyse des Gebäudes als Energiespeicher und Energieproduzent. Aber auch die Bewertung der Nachhaltigkeit über den gesamten Lebenszyklus hinsichtlich ökologischer, ökonomischer und sozialer Gesichtspunkte interessiert die Forschung“.

Weitere Forschungsbereiche im Lowergetikum werden digitalisiertes Facility-Management und begrünte Fassaden sein.

Zurzeit wird in der FH und Forschung Burgenland an mehr als 120 Forschungsprojekten mitgearbeitet. „Es ist uns wichtig, dass auch Studierende im Lowergetikum ihren Platz finden, wenn sie aktiv an Forschungsprojekten mitarbeiten. So gewährleisten wir auch den Transfer von aktuellen Forschungsergebnissen in die Lehre“, so Georg Pehm, Geschäftsführer der FH Burgenland.

Raum für nachhaltige Forschung

Für das Baukonzept verantwortlich ist das Architekturbüro „POS architekten“. Mit ihrer intelligenten Gebäudearchitektur überzeugte das Team rund um Architektin Ursula Schneider die Expertenjury. „Dieses Projekt war eine der schönsten Herausforderungen, die wir verwirklichen konnten. Es handelt sich dabei um einen Raum für nachhaltige und klimaaktive Forschung, dessen besonderen Anforderungen wir gerecht werden wollten. Nachhaltigkeit, Klimasensitivität und Zukunftsfähigkeit sind Themen, die wir in all unseren Projekten gezielt verfolgen. Unsere Gebäude sind klimaaktiv und anpassungsfähig“, erläutert Schneider. „Ziel unserer Arbeit ist es, ein Gebäude zu realisieren, das aus sich selbst heraus optimal auf das Klima reagiert und daher wenig zusätzliche Technik benötigt.“

Elektronik und Photonik – FH Studiengang geht ins zweite Jahr

LED, Sensortechnologie, Elektromobilität – der berufsbegleitende Bachelorstudiengang „Angewandte Elektronik und Photonik“ bietet Qualifizierung auf dem letzten Stand der Technik

LED, Sensortechnologie, Elektromobilität – die Wirtschaft braucht Experten auf diesen Gebieten wie den viel zitierten Bissen Brot. Für Unternehmen bietet der berufsbegleitend organisierte Bachelorstudiengang „Angewandte Elektronik und Photonik“ der FH Burgenland die Möglichkeit, ihr Personal auf dem letzten Stand der Technik höher zu qualifizieren. „Alle unsere Studierenden stehen im Berufsleben“, bestätigt Studiengangsleiter Bernhard Czerny. Studiert wird vierzehntägig freitags ab 14 Uhr, sowie samstags. Es fallen keine Studiengebühren an der FH Burgenland an.

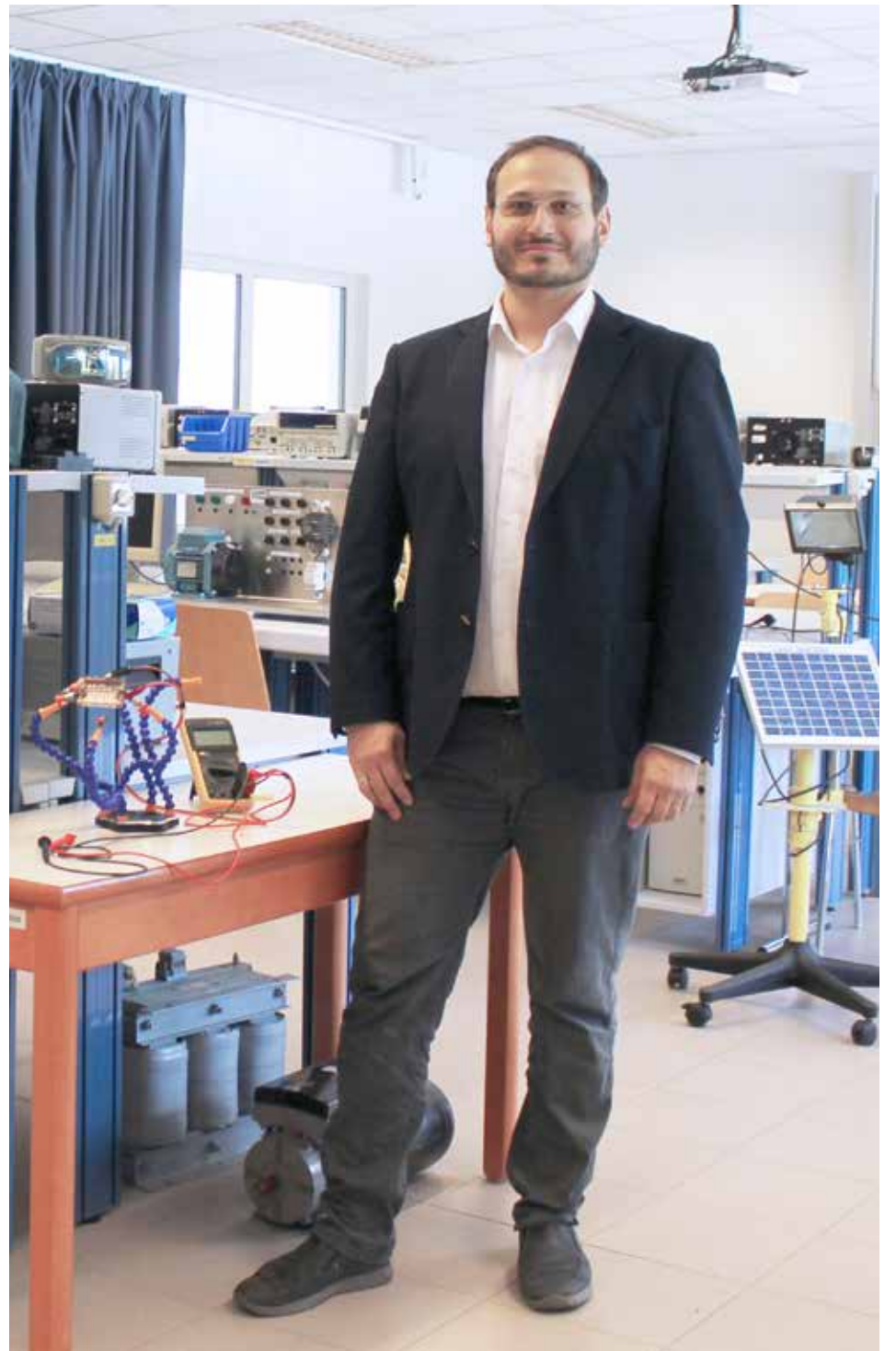
Innerhalb von nur drei Jahren werden die Studierenden zu nachgefragten Experten. Die ersten beiden Semester sind der intensiven Beschäftigung mit den technischen Grundlagen gewidmet. „Unser ausgezeichnetes Netzwerk hilft uns, hier versierte Fachkräfte als Lehrende zu verpflichten“, so Czerny. Lektoren kommen teils direkt aus den Industriebetrieben, aber auch aus Bildungseinrichtungen wie etwa der HTL Pinkafeld oder der TU Wien.

Gemeinsame Forschungsprojekte mit der Industrie

Das innovative und in Österreich einzigartige Studium bildet Experten aus, auf die die Elektro- und Elektronikindustrie händeringend wartet. Kein Megatrend der Zukunft kommt ohne Elektronik und Photonik aus. „Die Studierenden sind hoch motiviert und an Forschung und Entwicklung interessiert“, freut sich der Studiengangsleiter. „Viele bringen schon Know-how im Maschinenbau oder der Elektrotechnik mit, aber wir haben auch Quereinsteiger dabei.“

Nicht zu kurz kommen wird in den nächsten Jahren die Zusammenarbeit mit Industriepartnern in gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprojekten. Auch Mobilitätsprogramme mit internationalen Hochschulen, etwa in der Schweiz, sind in Planung. Eine Anmeldung ist bereits möglich. Der nächste Jahrgang startet im September 2022.

Infos und Anmeldung unter:
www.fh-burgenland.at



Bernhard Czerny, Studiengangsleiter Bachelor Angewandte Elektronik und Photonik in seinem Labor

GASTKOMMENTAR

Wer den Energiespeicher und leistungsfähige Netze hat, hat die Macht!

Die Corona-Pandemie ist noch gar nicht überwunden, schon ist mit dem Ukraine-Krieg ganz Europa im nächsten Krisenmodus. Die Auswirkungen sind fatal. Vor allem die Tatsache, dass auf europäischem Boden in einer militärischen Auseinandersetzung unschuldige Kinder sterben müssen, ist eine echte Schande und mit Worten nicht zu beschreiben. Was die wirtschaftlichen Folgen betrifft, ist eines jetzt schon klar: Bezahlen werden die Folgen des Krieges die Bürger – angefangen vom Arbeiter und Angestellten bis hin zum Unternehmer und Industriellen. Die hohe Inflationsrate, die teuren Lebensmittel, der unfassbar hohe Benzinpreis sowie die gestiegenen Energiekosten machen für viele das Leben nicht mehr leistbar.

Gerade das Energiethema macht auch der gesamten Industrie schwer zu schaffen. Verständlich, dass sich hier die gesamte Branche gegen ein Gas-Embargo gegen

Russland stemmt. Immerhin verbraucht die Industrie 40 Prozent des gesamten Bedarfs. Wenn hier der russische Gas-hahn abgedreht wird, stehen auch im Burgenland viele Maschinen still. Auch wenn die Amerikaner jetzt schon mit ihren Fracking-Gas-Booten unterwegs nach Europa sind, wäre über Wochen vielerorts keine Produktion möglich. Was wiederum zu weiteren Verteuerungen, Engpässen und vermehrter Arbeitslosigkeit führen würde.

Burgenlands Landeshauptmann will das Land bis 2030 energie- und preisautark machen. Dass er zuletzt auch einen Energiefonds gegründet hat, der die Besteuerung von industrieller Stromerzeugung vorsieht, sorgt bei den Unternehmen für Verunsicherung. Zwar wird der betriebliche Stromverbrauch nicht besteuert, dennoch fürchten die ohnehin krisengeschüttelten Betriebe weitere finanzielle Belastungen.

Zudem ist die Besteuerung von „grüner“ Energie nicht gerade ein großer Anreiz, um in ebendiese zu investieren.

Deshalb muss die Debatte zumindest zweidimensional geführt werden: Zum einen gibt es keinen Zweifel daran, dass alles in Richtung Erneuerbarer Energie oder alternativen Energiequelle geht und wir uns so rasch wie möglich aus allen Abhängigkeiten diverser Machthaber und Spekulanten befreien müssen. Zum anderen muss aber auch ganz klar ein Übergangsszenario entwickelt werden. Denn bei aller Sympathie für die Kraft der Sonne und des Windes: Das Hauptproblem liegt derzeit in den überschaubaren Speicherleistungen und vor allem an den mangelnden Netzen, welche den Strom weiterleiten. Deshalb braucht man nach wie vor fossile Brennstoffe als Ausgleich, um jederzeit Energie zu Verfügung zu haben. Erst wenn die Erneuerbare Energie in

genügenden Netzkapazitäten geleitet und in riesigen Mengen gespeichert werden kann, hat Europa die Macht, sich von der russischen (oder amerikanischen) Gas-Geiselhaft zu befreien.



Max Stefanitsch, Geschäftsführer und Chefredakteur BVZ



Der Zubau von Seal Maker

Seal Maker expandiert

Rund 3,5 Millionen Euro fließen in die Erweiterung des Standortes Pöttelsdorf und den Maschinenpark.

Der international tätige Dichtungsexperte Seal Maker investiert in die Erweiterung des Standorts Pöttelsdorf. Auf einer Nutzfläche von 1.200 m² soll an das bestehende Gebäude ein Zubau auf zwei Ebenen abgeschlossen werden, der sowohl Büro- als auch Produktionsräumlichkeiten umfasst. Nicht nur die Vergrößerung, sondern auch die Modernisierung des Maschinenparks stehen dabei im Vordergrund. So soll beispielsweise die Polyurethanproduktion erweitert werden, mit welcher sowohl Effizienz-, Kapazitäts- als auch Qualitätssteigerungen einhergehen. Zudem stellt der Bau einen wichtigen Schritt dar, um zukünftig den globalen Markt noch besser bedienen zu können.

Klares Bekenntnis zum Industriestandort Pöttelsdorf

Die Organisation des Baus übernimmt Swietelsky AG (Standort Eisenstadt), welches als ausführendes Bauunternehmen die Fertigstellung des Zubaus betreut. Ergänzt wird dies durch langjährige regionale Partner in den Bereichen Elektrik, Klimatechnik sowie Sicherheit und IT und wirkt nach der Corona-Krise zusätzlich als konjunktureller Impuls für die heimische Wirtschaft. „Rund 75 Prozent des gesamten Auftragsvolumens fließen in burgenländische Betriebe. Die Investition in den Standort und in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann als klare Bestätigung für die Standortqualität und -sicherheit gesehen werden“, bestätigt Christina Glocknitzer, Mitglied der Geschäftsführung von

Seal Maker. Die Planung des innovativen Zubaus, der höchste Designansprüche erfüllt, übernimmt das Architekturbüro Hrabal. „Wichtig ist für uns vor allem, dass

während der Bauphase ein durchgehender Betrieb des Unternehmens gewährleistet wird“, so Johann Glocknitzer, Geschäftsführer und Eigentümer von Seal Maker.

SEAL MAKER

Seal Maker ist weltweit agierender Hersteller von qualitativ hochwertigen Halbzeugen, Dichtungen und CNC-Drehmaschinen, die in sämtlichen Industriebereichen Anwendung finden, und bedient Kunden in über 80 Ländern der Welt. Seit der Firmengründung im Jahr 1997 kann das Familienunternehmen, das bereits mit der zweiten Generation gemeinsam geleitet wird, auf eine über 20-jährige Erfolgsgeschichte

zurückblicken und beschäftigt heute 120 Mitarbeiter. CNC-Komplettsysteme werden als Gesamtlösung mit einer im eigenen Haus entwickelten Software angeboten und dienen zur raschen und wirtschaftlichen Weiterverarbeitung der Halbzeuge zu Hydraulik- und Pneumatikdichtungen. Zur verbesserten Kundenbetreuung weltweit wurden während der letzten Jahre Niederlassungen in Singapur und China gegründet.

Ulbrich of Austria: Ausbildung für Feuerwehreinsatz bei Photovoltaikanlagen

Ulbrich of Austria wurde vom Österreichischen Bundesfeuerwehrverband als „Feuerwehfreundlicher Arbeitgeber 2022“ geehrt.

Alle zwei Jahre werden Unternehmen für ihr beispielhaftes Verhalten gegenüber ihren Mitarbeitern, die ehrenamtlich bei der Feuerwehr tätig sind vom Österreichischen Bundesfeuerwehrverband ausgezeichnet. Ulbrich of Austria GmbH durfte die Ehrung „Feuerwehfreundlicher Arbeitgeber 2022“ in der Hofburg entgegennehmen. Im Unternehmen

sind mehrere Feuerwehrmitglieder tätig, die auch im Regelfall den Kern der Tageseinsatzbereitschaft stellen.

Vermittlung und Ausbildung

Ulbrich of Austria unterstützt die Ausbildung von Feuerwehren, im Speziellen das Thema „Feuerwehreinsatz bei Photovoltaikanlagen“. Bei der Zusammenarbeit zwischen

Photovoltaikindustrie, den Landesfeuerwehrverbänden und Schulen sowie den Stellen für vorbeugenden Brandschutz hat Ulbrich unentgeltlich eine Vermittlungs- und Ausbildungsrolle übernommen. Mit Unterstützung des Unternehmens wurden über fünfzig Ausbildungseinheiten zum Thema Feuerwehreinsatz bei PV Anlagen im Burgenland, Niederösterreich, Steiermark

und Kärnten abgehalten. Neben der Verstärkung der Ortsfeuerwehr Müllendorf, wo das Unternehmen ansässig ist, ist auch die unentgeltliche Teilnahme an Einsätzen sowie die monetäre Unterstützung ein großes Anliegen für Ulbrich of Austria GmbH. All diese Maßnahmen in ihrer Gesamtheit machen das Unternehmen zum feuerwehfreundlichen Arbeitgeber.



Geschäftsführer Peter Berghofer (Mitte) nimmt die Auszeichnung in der Hofburg entgegen.

Felix Austria unterstützt Schnellhilfefonds

Die Felix Austria GmbH kooperiert bereits seit 2015 mit dem Österreichischen Bundesfeuerwehrverband. Unterstützt werden Projekte rund um die Nachwuchsförderung und -ausbildung in den österreichischen Feuerwehren. Durch die Unterstützung von Felix Austria konnte der ÖBFV - Schnellhilfefonds gegründet werden, welcher Familien von im Feuerwehreinsatz tödlich verunglückten Mitgliedern eine finanzielle Entlastung bringt. Gulliver Wagner, Felix Austria, überreichte einen Spendenscheck in der Höhe von 2.500 Euro als weiteren finanziellen Beitrag für den Schnellhilfefonds.